

BR/GT I/12 d/69

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

- Sekretariat -

Revidierte Fassung (1)

UEBERMITTLUNGSVERMERK

Die Herren Mitglieder der Arbeitsgruppe I erhalten in der Anlage den Entwurf eines Berichts über die Artikel 1 bis 30 des Vorentwurfs eines Uebereinkommens über ein europäisches Patenterteilungsverfahren, das entsprechend der Vereinbarung, die in der Sitzung der Arbeitsgruppe I am 8. bis 11. Juli 1969 in Luxemburg getroffen worden war, von Herrn ARMITAGE (britische Delegation) ausgearbeitet wurde [Dok. BR/7/69 Seite 2 Punkt 2 Absatz 27].

Die Herren Mitglieder der Gruppe werden darauf aufmerksam gemacht, dass an diesem Bericht im Lichte der späteren Erörterungen, welche die Artikel 1 bis 30 berühren könnten, oder der Bemerkungen, welche die Herren Mitglieder der Gruppe möglicherweise in einer der nächsten Sitzungen machen, gegebenenfalls noch Änderungen vorgenommen werden.

(1) Diese revidierte Fassung ersetzt die deutsche Fassung des Dokuments BR/GT I/12/69 vom 29. September 1969.

Entwurf eines Uebereinkommens über ein
europäisches Patenterteilungsverfahren

Entwurf eines Berichts über die Artikel 1 bis 30

Artikel 1 warf die grundlegende Frage auf, ob man nur ein gemeinsames System von Regeln und Verfahren für die Patenterteilung in den Mitgliedstaaten ausarbeiten sollte (Minimallösung), oder ob man darüber hinausgehen und zusätzlich ein gemeinsames Recht für die Beurteilung der Rechtsgültigkeit der erteilten Patente schaffen sollte (Maximallösung). Obgleich die Arbeitsgruppe allgemein zugunsten einer Harmonisierung der Rechtsvorschriften für die Rechtsgültigkeit eingestellt war, hielt sie es für klüger, für den Entwurf die Minimallösung zu wählen, da sie der Meinung war, dass von den beteiligten Staaten zuviel verlangt würde, wenn man sie zwänge, entweder die nationalen Kriterien für die Rechtsgültigkeit zu ändern, oder die im Wege des europäischen Patenterteilungsverfahrens erteilten Patente nach anderen Kriterien zu beurteilen als die nationalen Patente. Ferner wurde bemerkt, dass die Staaten denen nach dem einen Regelsystem Patente erteilt worden sind, durch den Effekt der "kalten Harmonisierung" wahrscheinlich veranlasst würden, deren Rechtsgültigkeit nicht nach einem anderen Regelsystem zu beurteilen ; sie würden somit dazu veranlasst, ihre nationalen Rechtsvorschriften zu ändern, um sie mit den bei der Erteilung europäischer Patente angewandten Prüfungen in Einklang zu bringen. Ausserdem wurde darauf hingewiesen, dass der Entwurf möglicherweise geändert werden könnte, wenn auf die Annahme der Maximal- lösung gedrungen würde.

In Artikel 2 zeigen sich die Hauptunterschiede zwischen dem vorliegenden Entwurf und dem früheren Entwurf (von 1965). Nach dem früheren Entwurf wurde aufgrund

der Anmeldung bei der Veröffentlichung ein vorläufiges Patent erteilt, das nach der Prüfung "bestätigt" wurde. Die gleiche Lösung wurde im EFTA-Entwurf gewählt, jedoch mit der Ausnahme, dass die bestätigten oder "endgültigen" Patente in Wirklichkeit unabhängige nationale Patente waren. Der vorliegende Entwurf lässt die Lösung des vorläufigen Patents fallen. Bei der Veröffentlichung handelt es sich lediglich um eine veröffentlichte europäische Patentanmeldung. Europäische Patente werden nur nach Prüfung erteilt und haben dann die gleiche Wirkung und unterliegen den gleichen Bedingungen wie nationale Patente in den betreffenden Ländern.

Die Erteilung eines europäischen Patents entspricht somit der Erteilung eines Bündels nationaler Patente, von denen jedes nur der Rechtsprechung der zuständigen Behörden des betreffenden Staates und den Rechtsvorschriften dieses Staats unterliegt. Dies steht im Gegensatz zu dem früheren Entwurf, der die Erteilung eines internationalen und autonomen Patents vorsah. Der vorliegende Entwurf begrenzt den internationalen Charakter auf die Anmeldung vor der Patenterteilung. Die Einheitlichkeit einer europäischen Patentanmeldung gegenüber dem Europäischen Patentamt wird gesondert in Artikel 24 a behandelt.

Nach dem neuen Verfahren ist es weder erforderlich noch wünschenswert, von einem Patentanmelder zu verlangen, mit einer Anmeldung alle Mitgliedstaaten zu erfassen. Artikel 2 a enthält Bestimmungen über die Benennung aller oder eines Teils der Mitgliedstaaten. Es wird offengelassen, ob es einem Patentanmelder gestattet werden sollte, einen einzigen Staat zu benennen.

Der vorliegende Entwurf enthält im Gegensatz zum früheren Entwurf nicht den Artikel 4 betreffend die Schaffung eines Patentgerichts. Es wird vorgeschlagen, dass Berufungen im Zusammenhang mit Patentanmeldungen durch eine andere Berufungsinstanz als ein Gericht behandelt werden und dass für die Behandlung von Streitfällen und dergleichen, die nach dem früheren Entwurf durch das Patentgericht behandelt wurden, andere Verfahren vorgesehen werden.

Artikel 5, der die "Akzessibilität" oder Berechtigung zur Patentanmeldung definiert, wurde in Übereinstimmung mit dem Brüsseler Memorandum abgefasst und lehnt sich so eng wie möglich

an den Wortlaut der Artikel 2 und 3 der Pariser Verbandsübereinkunft an. Es erhebt sich die Frage, wer darüber zu befinden hat, ob ein bestimmtes Land die Voraussetzungen dieses Artikels erfüllt. Absatz 5 des Brüsseler Memorandums vom 17. März 1969 sieht vor, dass die Frage im Rahmen einer "gerichtlichen Prüfung" entschieden wird und dass die gerichtliche Entscheidungsgewalt möglicherweise dem Europäischen Patentamt zufallen könnte. Dies wäre in späteren Artikeln festzulegen⁷.

In Artikel 7 des Entwurfs von 1965 wurde der Doppelschutz einer bestimmten Erfindung durch ein nationales Patent und ein europäisches Patent untersagt. Einige Delegationen traten dafür ein, diese Bestimmung als Harmonisierungsmassnahme zu übernehmen, jedoch befürwortete die Mehrheit den vorliegenden Entwurf, der die Angelegenheit dem nationalen Recht überlässt.

Bei der Uebernahme des Artikels 8 wurde davon ausgegangen, dass er nur für Verpflichtungen gilt, die beim Beitritt zum Uebereinkommen bereits bestanden.

Artikel 8 gestattet den EWG-Ländern sicherzustellen, dass das europäische Patent für den Gemeinsamen Markt einheitlich ist und entweder für alle oder für keinen der EWG-Staaten gilt.

Artikel 9 Absatz 1 definiert die grundlegenden Erfordernisse für die Patentierbarkeit in Anlehnung an Artikel 1 des Strassburger Uebereinkommens über das materielle Recht der Erfindungspatente von 1963. Um jeden Zweifel auszuschliessen, wird es für wünschenswert gehalten, in Artikel 9 Absatz 2 eine nicht erschöpfende Aufzählung von Ausnahmen aufzunehmen, die sich so weit wie möglich an die entsprechenden Bestimmungen der Regel Nr. 39 des PCT-Plan hält. Datenverarbeitungsprogramme sind zur Zeit nicht ausdrücklich ausgeschlossen, da über ihre Patentierbarkeit noch diskutiert wird. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie zwangsläufig als Erfindungen im Sinne des Artikels 9 Absatz 1 gelten.

Artikel 10 (Ausnahmen von der Patentierbarkeit) entspricht Artikel 2 des Strassburger Uebereinkommens.

Die Artikel 11 und 12 entsprechen weitgehend den Neuheitsregeln des Artikels 4 des Strassburger Uebereinkommens. Eine grosse Mehrheit der Arbeitsgruppe hat sich dafür eingesetzt, dass in Artikel 11 Absatz 3 die Regelung des Artikels 4 Absatz 3 des Strassburger Uebereinkommens übernommen wurde, wonach Konflikte zwischen gleichzeitig anhängigen Patentanmeldungen in der Form gelöst werden, dass der gesamte Inhalt der früheren Anmeldung als Teil des bis zum Prioritätsdatum erreichten Standes der Technik betrachtet wird. Dies bedeutet, dass die spätere Erfindung im Vergleich zu allem, was in der früheren Anmeldung offenbart wurde, neu sein muss. Die Frage, ob sie gegenüber der früheren Offenbarung eine erfinderische Tätigkeit aufweisen muss, wird in Artikel 13 behandelt. Natürlich ist die in Artikel 11 Absatz 3 gewählte Formel strenger als die beispielsweise in den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs, Deutschlands und Frankreichs enthaltenen Bestimmungen, in denen der frühere Zeitpunkt der Anmeldung von Patentansprüchen als Kriterium gilt. Es ist zu vermerken, dass ein Patentanmelder seine europäische Patentanmeldung zurückziehen und lediglich ein besonderes nationales Patent anmelden kann, wenn sein Fall so gelagert ist, dass er zwar ein nationales, jedoch kein europäisches Patent erhalten kann. Dieser Fall kann nicht nur dann eintreten, wenn das nationale Recht weniger streng ist, sondern auch dann, wenn die frühere europäische Patentanmeldung nur einige der Länder erfasst, welche durch die spätere Anmeldung erfasst werden (siehe Artikel 11 Absatz 4). Die Entscheidung über Konflikte zwischen einer europäischen Patentanmeldung und einer nationalen Patentanmeldung wird auf nationaler Ebene nach der Erteilung des europäischen Patents getroffen.

Artikel 13 enthält zwei Alternativlösungen, die nur in der Frage voneinander abweichen, wie weit frühere europäische Patentanmeldungen gemäss Artikel 11 Absatz 3 bei der Beurteilung der erfinderischen Tätigkeit in Betracht zu ziehen sind. Nach der ersten Fassung sind Unterlagen im Sinne von Artikel 11

Absatz 3 völlig ausser acht zu lassen, d.h. es genügt einfach die Neuheit, auch wenn der Unterschied noch so gering ist. Nach der zweiten Fassung kann jede Unterlage im Sinne von Artikel 11 Absatz 3 nur für sich allein und ohne Rücksicht auf die sonstigen Elemente des Standes der Technik im Lichte der Kenntnisse betrachtet werden, die dem "Fachmann auf dem betreffenden Gebiet" zugänglich sind, der die Frage zu beurteilen hätte. Die zweite Fassung erfordert somit etwas mehr als einfache Neuheit: Sie dürfte geringfügige Unterschiede und gewöhnliche Substitutionen ausschliessen. Keine der beiden Fassungen gestattet jedoch, dass Unterlagen im Sinne des Artikels 11 Absatz 3 mit anderen Einzelbestandteilen des Standes der Technik verbunden werden, gleichgültig, ob es sich dabei um andere Unterlagen im Sinne des Artikels 11 Absatz 3 oder um Veröffentlichungen handelt.

Artikel 14 (gewerbliche Anwendbarkeit) entspricht Artikel 3 des Strassburger Uebereinkommens.

Artikel 15 des Entwurfs von 1965 bewirkte eine teilweise Vereinheitlichung der nationalen Rechtsvorschriften über das Recht auf ein Patent, da darin festgelegt wurde, dass das Recht auf das europäische Patent dem Erfinder oder seinem Rechtsnachfolger zusteht, sofern das nationale Recht über Arbeitnehmererfindungen nichts anderes vorsieht. Die Arbeitsgruppe hielt eine völlige Vereinheitlichung dieses Punkts zur Zeit nicht für durchführbar, da das Recht in bezug auf Arbeitnehmererfindungen von einem Land zum anderen stark variiert. Wenn jedoch der Artikel 16 in Verfahren vor dem Europäischen Patentamt wirksam sein soll, so muss in Artikel 15 eine unzweideutige Antwort auf die Frage gegeben werden, wer auf ein europäisches Patent Anspruch hat. Es stellte sich daher im Falle des Artikels 15 die Frage, ob entweder vorgesehen werden soll, dass der Anspruch auf ein Patent durch das nationale Recht der einzelnen Staaten bestimmt wird, oder ob festgelegt werden soll, dass hierfür das nationale Recht eines bestimmten Staates massgebend ist. Die Arbeitsgruppe hat die zweite Lösung gewählt, wobei das in Frage stehende nationale Recht dasjenige ist, den "die Erfindung unterliegt". Bemerkung: diese Bestimmung ist später zu überprüfen.7

Das Europäische Patentamt prüft gemäss Artikel 15 Absatz 2 nicht, ob der Patentanmelder zur Anmeldung berechtigt ist. Ferner ist es für keine Klage in bezug auf eine widerrechtliche Entnahme des Patents zuständig, wie es in Artikel 16 Absätze 1 und 2 des Entwurfs von 1965 vorgesehen war. Es tritt jedoch gemäss Artikel 16 Absatz 3 der jetzigen Fassung in Aktion, wenn durch eine rechtskräftige Entscheidung eines zuständigen Gerichts oder einer zuständigen Behörde festgestellt worden ist, dass das Recht auf das Patent nach Artikel 15 einer anderen Person als dem Anmelder zusteht. In diesem Fall gilt die Anmeldung, die Gegenstand der Klage ist, als zurückgenommen, und ihr Prioritätsanspruch wird auf die neue Anmeldung derselben Erfindung übertragen, die von der anderen Person eingereicht wurde. Der Entwurf lässt zu, dass die neue Anmeldung Bestandteile umfasst, die in der früheren Anmeldung nicht enthalten waren; diese neu hinzugefügten Bestandteile würden jedoch nicht in den Genuss des Prioritätsanspruchs der ursprünglichen Anmeldung gelangen. [Bemerkung: ist später erneut zu prüfen.]

Artikel 17 entspricht dem Entwurf von 1965. Nach Artikel 4 ter der Pariser Verbandsübereinkunft hat der Erfinder das Recht, als solcher im Patent genannt zu werden. Das Europäische Patentamt entscheidet nicht über den von einer Partei erhobenen Anspruch, der Erfinder zu sein. Der Erfinder hat jedoch das Recht, um einen Gerichtsbeschluss darüber nachzusuchen, dass die Erfindung von ihm stammt, und der Anmelder ist dann verpflichtet, ihn in seiner Anmeldung zu benennen. Von diesem Artikel lässt sich daher sagen, dass er in den einzelnen Mitgliedsstaaten neues bürgerliches Recht schafft.

Artikel 18 des Entwurfs von 1965 ist gestrichen, weil europäische Patente nach Artikel 2 (2 a) tatsächlich nationale Patente (oder gemäss Artikel 8 a Gruppenpatente) sind.

In Uebereinstimmung mit der Minimallösung, von der in Verbindung mit Artikel 1 die Rede war, wird die Entscheidung über Konflikte zwischen einem europäischen Patent und einem nationalen Patent, soweit nicht das eine dem anderen gegenüber als

zum Stand der Technik gehörend zu betrachten ist, auf nationaler Ebene - beispielsweise in Nichtigkeitsverfahren - getroffen. Artikel 19 des Entwurfs von 1965 wurde daher gestrichen.

Artikel 20 kann im Hinblick auf Artikel 2 (2 a) als Wiederholung angesehen werden. Die Arbeitsgruppe war jedoch allgemein der Ansicht, dass seine Beibehaltung gerechtfertigt ist, weil Artikel 2 die allgemeinen Grundsätze darlegt und Artikel 20 einen besonderen Aspekt behandelt, der mit den Artikeln 20 bis und 20 ter logisch zusammenhängt.

Artikel 20 bis definiert die Rechte, die nach Veröffentlichung der Patentanmeldung vor der Prüfung gewährt werden. Das Memorandum verlangt, dass in diesem Stadium ein gewisser Schutz gewährt wird. Während der Entwurf in Absatz 1 grundsätzlich vorsieht, dass voller Patentschutz eingeräumt werden sollte, gestattet er in Absatz 2 den einzelnen Staaten, sich das Recht vorzubehalten, einen begrenzteren Schutz zu gewähren und diesen davon abhängig zu machen (Absatz 4), dass die Patentansprüche in einer bestimmten Sprache verfügbar sind. Für den Schutz ist auf jeden Fall die Tragweite des erteilten Patents massgebend (Artikel 3).

Artikel 20 ter (Rechte nach Bekanntmachung der Patentansprüche im Anschluss an Prüfung) entspricht dem Schema des Artikels 20 bis, jedoch ohne den Vorbehalt in bezug auf begrenzten Schutz.

Artikel 21 entspricht Artikel 8 des Strassburger Uebereinkommens. Einige Mitglieder der Arbeitsgruppe waren bestrebt sicherzustellen, dass die Ansprüche in allen Mitgliedstaaten einheitlich ausgelegt würden, jedoch konnte kein Einvernehmen über eine genauere Formulierung als die des Strassburger Textes erzielt werden.

Artikel 22 und 23 des Entwurfs von 1965 wurden gestrichen, da ihr Inhalt entsprechend der Minimallösung des Uebereinkommens

Gegenstand des nationalen Rechts ist. Es wurde jedoch bemerkt, dass eine Geltungsdauer von 20 Jahren in den Entwurf aufgenommen werden könnte, wenn alle Mitgliedstaaten bereit wären, diesen Zeitraum zu akzeptieren.

Artikel 24 entspricht den Grundsätzen des Entwurfs von 1965, wurde aber unter Berücksichtigung der Textvorschläge des Europarats zur weiteren Vereinheitlichung überarbeitet. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Möglichkeiten für Zusatzpatente angesichts der in Absatz 1 enthaltenen zeitlichen Begrenzung der Anmeldung recht gering sein werden.

Artikel 24 a - 30. Diese Artikel sind zur weiteren Prüfung durch eine andere Arbeitsgruppe, in der Sachverständige aus den Justizministerien vertreten sein sollten, zurückgestellt worden. Einige Mitglieder der Arbeitsgruppe äusserten jedoch Zweifel, ob die Artikel 25 bis 30 überhaupt erforderlich seien. In bezug auf Artikel 24 a wurde die Ansicht geäußert, dass es einem Anmelder freistehen sollte, die Rechte aus dem erteilten Patent für verschiedene Staaten an verschiedene Personen zu übertragen. Dies könnte in der Form erfolgen, dass für jeden Rechtsnachfolger getrennte Anmeldungen zugelassen würden oder dass die Rechtsnachfolger in einer Anmeldung einzeln aufgeführt würden; auch wäre es möglich, teilweise Uebertragungen nach der Anmeldung einzutragen. Es wäre jedoch wesentlich, dass eine Person oder Personengruppe benannt würde, die für die Anmeldung beim Europäischen Patentamt auch weiterhin zuständig wäre. Dieser Punkt, der eine Änderung des Artikels 24 a erfordern würde, wird weiter geprüft.

- Sekretariat -

UEBERMITTLUNGSVERMERK

Die Herren Mitglieder der Arbeitsgruppe I erhalten in der Anlage den Entwurf eines Berichts über die Artikel 1 bis 30 des Vorentwurfs eines Uebereinkommens über ein europäisches Patenterteilungsverfahren, das entsprechend der Vereinbarung, die in der Sitzung der Arbeitsgruppe I am 8. bis 11. Juli 1969 in Luxemburg getroffen worden war, von Herrn ARMITAGE (britische Delegation) ausgearbeitet wurde [Dok. BR/7/69 Seite 2 Punkt 2 Absatz 27].

Die Herren Mitglieder der Gruppe werden darauf aufmerksam gemacht, dass an diesem Bericht im Lichte der späteren Erörterungen, welche die Artikel 1 bis 30 berühren könnten, oder der Bemerkungen, welche die Herren Mitglieder der Gruppe möglicherweise in einer der nächsten Sitzungen machen, gegebenenfalls noch Änderungen vorgenommen werden.

Entwurf eines Uebereinkommens über ein
europäisches Patenterteilungsverfahren

Entwurf eines Berichts über die Artikel 1 bis 30

In Artikel 1 wurde die grundlegende Frage aufgeworfen, ob man nur ein gemeinsames System von Regeln und Verfahren für die Patenterteilung in den Mitgliedstaaten ausarbeiten sollte (Minimallösung), oder ob man darüber hinausgehen und zusätzlich ein gemeinsames Recht für die Beurteilung der Rechtsgültigkeit der erteilten Patente schaffen sollte (Maximallösung). Obgleich die Arbeitsgruppe allgemein zugunsten einer Harmonisierung der Rechtsvorschriften für die Rechtsgültigkeit eingestellt war, hielt sie es für klüger, für den Entwurf die Minimallösung zu wählen, da sie der Meinung war, dass von den beteiligten Staaten zuviel verlangt würde, wenn man sie zwänge, entweder ihre nationale Prüfung auf Rechtsgültigkeit zu ändern, oder auf die im Wege des europäischen Patenterteilungsverfahrens erteilten Patente andere Prüfungen als für nationale Patente anzuwenden. Ferner wurde bemerkt, dass die Staaten, denen nach dem einen Regelsystem Patente erteilt worden sind, durch den Effekt der "kalten Harmonisierung" wahrscheinlich veranlasst würden, deren Rechtsgültigkeit nicht nach einem anderen Regelsystem zu beurteilen ; sie würden somit dazu veranlasst, ihre nationalen Rechtsvorschriften zu ändern, um sie mit den bei der Erteilung europäischer Patente angewandten Prüfungen in Einklang zu bringen. Ausserdem wurde darauf hingewiesen, dass der Entwurf möglicherweise geändert werden könnte, wenn auf die Annahme der Maximal- lösung gedrungen würde.

In Artikel 2 zeigen sich die Hauptunterschiede zwischen dem vorliegenden Entwurf und dem früheren Entwurf (von 1965). Nach dem früheren Entwurf wurde aufgrund

77

der Anmeldung bei der Veröffentlichung ein vorläufiges Patent erteilt, das nach der Prüfung "bestätigt" wurde. Die gleiche Lösung wurde im EFTA-Entwurf gewählt, jedoch mit der Ausnahme, dass die bestätigten oder "endgültigen" Patente in Wirklichkeit unabhängige nationale Patente waren. Der vorliegende Entwurf lässt die Lösung des vorläufigen Patents fallen. Bei der Veröffentlichung handelt es sich lediglich um eine veröffentlichte europäische Patentanmeldung. Europäische Patente werden nur nach Prüfung erteilt und haben dann die gleiche Wirkung und unterliegen den gleichen Bedingungen wie nationale Patente in den betreffenden Ländern.

Die Erteilung eines europäischen Patents entspricht somit der Erteilung eines Bündels nationaler Patente, von denen jedes nur der Rechtsprechung der zuständigen Behörden des betreffenden Staates und den Rechtsvorschriften dieses Staates unterliegt. Dies steht im Gegensatz zu dem früheren Entwurf, der die Erteilung eines internationalen und autonomen Patents vorsah. Der vorliegende Entwurf begrenzt den internationalen Charakter auf die Anmeldung vor der Patenterteilung. Die Einheitlichkeit einer europäischen Patentanmeldung gegenüber dem Europäischen Patentamt wird gesondert in Artikel 24 a behandelt.

Nach dem neuen Verfahren ist es weder erforderlich noch wünschenswert, von einem Patentanmelder zu verlangen, mit einer Anmeldung alle Mitgliedstaaten zu erfassen. Artikel 2 A enthält Bestimmungen über die Benennung aller oder eines Teils der Mitgliedstaaten. Es wird offengelassen, ob es einem Patentanmelder gestattet werden sollte, einen einzigen Staat zu benennen.

Der vorliegende Entwurf enthält im Gegensatz zum früheren Entwurf nicht den Artikel 4 betreffend die Schaffung eines Patentgerichts. Es wird vorgeschlagen, dass Berufungen im Zusammenhang mit Patentanmeldungen durch eine andere Berufsinanz als ein Gericht behandelt werden und dass für die Behandlung von Streitfällen und dergleichen, die nach dem früheren Entwurf durch das Patentgericht behandelt wurden, andere Verfahren benutzt werden.

Artikel 5, der die "Akzessibilität" oder Berechtigung zur Patentanmeldung definiert, wurde in Uebereinstimmung mit dem Brüsseler Memorandum abgefasst und lehnt sich so eng wie möglich

an den Wortlaut der Artikel 2 und 3 der Pariser Verbandsvereinbarung an. Es erhebt sich die Frage, wer darüber zu befinden hat, ob ein bestimmtes Land die Voraussetzungen dieses Artikels erfüllt. Absatz 5 des Brüsseler Memorandums vom 17. März 1969 sieht vor, dass die Frage im Rahmen einer "gerichtlichen Prüfung" entschieden wird und dass die gerichtliche Entscheidungsgewalt möglicherweise dem Europäischen Patentamt zufallen könnte. Dies wäre in späteren Artikeln festzulegen.

In Artikel 7 des Entwurfs von 1965 wurde der Doppelschutz einer bestimmten Erfindung durch ein nationales Patent und ein europäisches Patent untersagt. Einige Delegationen traten dafür ein, diese Bestimmung als Harmonisierungsmaßnahme zu übernehmen, jedoch befürwortete die Mehrheit den vorliegenden Entwurf, der die Angelegenheit dem nationalen Recht überlässt.

Bei der Uebernahme des Artikels 8 wurde davon ausgegangen, dass er nur für Verpflichtungen gilt, die beim Beitritt zum Übereinkommen bereits bestanden.

Artikel 8 gestattet den EWG-Ländern sicherzustellen, dass das europäische Patent für den Gemeinsamen Markt einheitlich gilt und entweder alle oder keinen der EWG-Staaten erfassen muss.

Artikel 9 Absatz 1 definiert die grundlegenden Erfordernisse für die Patentierbarkeit in Anlehnung an Artikel 1 des Strassburger Übereinkommens über das materielle Recht der Erfindungspatente von 1963. Um jeden Zweifel auszuschliessen, wird es für wünschenswert gehalten, in Artikel 9 Absatz 2 eine nicht erschöpfende Aufzählung von Ausnahmen aufzunehmen, die sich so weit wie möglich an die entsprechenden Bestimmungen der Regel Nr. 39 des PCT-Plan hält. Datenverarbeitungsprogramme sind zur Zeit nicht ausdrücklich ausgeschlossen, da über ihre Patentierbarkeit noch diskutiert wird. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie zwangsläufig als Erfindungen im Sinne des Artikels 9 Absatz 1 gelten.

Artikel 10 (Ausnahmen von der Patentierbarkeit) entspricht Artikel 2 des Strassburger Uebereinkommens.

Die Artikel 11 und 12 entsprechen weitgehend den Neuheitsregeln des Artikels 4 des Strassburger Uebereinkommens. Eine grosse Mehrheit der Arbeitsgruppe hat sich dafür eingesetzt, dass in Artikel 11 Absatz 3 die Regelung des Artikels 4 Absatz 3 des Strassburger Uebereinkommens übernommen wurde, wonach Konflikte zwischen gleichzeitig anhängigen Patentanmeldungen in der Form gelöst werden, dass der gesamte Inhalt der früheren Anmeldung als Teil des bis zum Prioritätsdatum erreichten Wissensstandes betrachtet wird. Dies bedeutet, dass die spätere Erfindung im Vergleich zu allem, was in der früheren Anmeldung offenbart wurde, neu sein muss. Die Frage, ob sie gegenüber der früheren Offenbarung einen erfinderischen Fortschritt aufweisen muss, wird in Artikel 13 behandelt. Natürlich ist die in Artikel 11 Absatz 3 gewählte Formel strenger als die beispielsweise in den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs, Deutschlands und Frankreichs enthaltenen Bestimmungen, in denen der frühere Zeitpunkt der Anmeldung von Patentansprüchen als Kriterium gilt. Es ist zu vermerken, dass ein Patentanmelder seine europäische Patentanmeldung zurückziehen und lediglich ein besonderes nationales Patent anmelden kann, wenn sein Fall so gelagert ist, dass er zwar ein nationales, jedoch kein europäisches Patent erhalten kann. Dieser Fall kann nicht nur dann eintreten, wenn das nationale Recht weniger streng ist, sondern auch dann, wenn die frühere europäische Patentanmeldung nur einige der Länder erfasst, welche durch die spätere Anmeldung erfasst werden (siehe Artikel 11 Absatz 4). Die Entscheidung über Konflikte zwischen einer europäischen Patentanmeldung und einer nationalen Patentanmeldung wird auf nationaler Ebene nach der Erteilung des europäischen Patents getroffen.

Artikel 13 enthält zwei Alternativlösungen, die nur in der Frage voneinander abweichen, wie weit frühere europäische Patentanmeldungen gemäss Artikel 11 Absatz 3 bei der Beurteilung des erfinderischen Fortschritts in Betracht zu ziehen sind. Nach der ersten Fassung sind Unterlagen im Sinne von Artikel 11

Absatz 3 völlig ausser acht zu lassen, d.h. es genügt einfach die Neuheit, auch wenn der Unterschied noch so gering ist. Nach der zweiten Fassung kann jede Unterlage im Sinne von Artikel 11 Absatz 3 nur für sich allein und ohne Rücksicht auf die sonstigen Elemente des vorherigen Wissensstandes im Lichte der Kenntnisse betrachtet werden, die dem "Fachmann auf dem betreffenden Gebiet" zugänglich sind, der die Frage zu beurteilen hätte. Die zweite Fassung erfordert somit etwas mehr als einfache Neuheit: Sie dürfte geringfügige Unterschiede und gewöhnliche Substitutionen ausschliessen. Keine der beiden Fassungen gestattet jedoch, dass Unterlagen im Sinne des Artikels 11 Absatz 3 mit anderen Einzelbestandteilen des früheren Wissensstandes verbunden werden, gleichgültig, ob es sich dabei um andere Dokumente im Sinne des Artikels 11 Absatz 3 oder um Veröffentlichungen handelt.

Artikel 14 (gewerbliche Anwendbarkeit) entspricht Artikel 3 des Strassburger Uebereinkommens.

Artikel 15 des Entwurfs von 1965 bewirkte eine teilweise Vereinheitlichung der nationalen Rechtsvorschriften über das Recht auf ein Patent, da darin festgelegt wurde, dass das Recht auf das europäische Patent dem Erfinder oder seinem Rechtsnachfolger zusteht, sofern das nationale Recht über Arbeitnehmererfindungen nichts anderes vorsieht. Die Arbeitsgruppe hielt eine völlige Vereinheitlichung dieses Punkts zur Zeit nicht für durchführbar, da das Recht in bezug auf Arbeitnehmererfindungen von einem Land zum anderen stark variiert. Wenn jedoch der Artikel 16 in Verfahren vor dem Europäischen Patentamt wirksam sein soll, so muss in Artikel 15 eine unzweideutige Antwort auf die Frage gegeben werden, wer auf ein europäisches Patent Anspruch hat. Es stellte sich daher im Falle des Artikels 15 die Frage, ob entweder vorgesehen werden soll, dass der Anspruch auf ein Patent durch das nationale Recht der einzelnen Staaten bestimmt wird, oder ob festgelegt werden soll, dass hierfür das nationale Recht eines bestimmten Staates massgebend ist. Die Arbeitsgruppe hat die zweite Lösung gewählt, wobei das in Frage stehende nationale Recht dasjenige ist, dem "die Erfindung unterliegt". Bemerkung: diese Bestimmung ist später zu überprüfen.7

Das Europäische Patentamt prüft gemäss Artikel 15 Absatz 2 nicht, ob der Patentanmelder zur Anmeldung berechtigt ist. Ferner ist es für keine Klage in bezug auf eine widerrechtliche Entnahme des Patents zuständig, wie es in Artikel 16 Absätze 1 und 2 des Entwurfs von 1965 vorgesehen war. Es tritt jedoch gemäss Artikel 16 Absatz 3 der jetzigen Fassung in Aktion, wenn durch eine rechtskräftige Entscheidung eines zuständigen Gerichts oder einer zuständigen Behörde festgestellt worden ist, dass das Recht auf das Patent nach Artikel 15 einer anderen Person als dem Anmelder zusteht. In diesem Fall gilt die Anmeldung, die Gegenstand der Klage ist, als zurückgenommen, und ihr Prioritätsanspruch wird auf die neue Anmeldung derselben Erfindung übertragen, die von der anderen Person eingereicht wurde. Der Entwurf lässt zu, dass die neue Anmeldung Bestandteile umfasst, die in der früheren Anmeldung nicht enthalten waren; diese neu hinzugefügten Bestandteile würden jedoch nicht in den Genuss des Prioritätsanspruchs der ursprünglichen Anmeldung gelangen. [Bemerkung: ist später erneut zu prüfen.]

Artikel 17 entspricht dem Entwurf von 1965. Nach Artikel 4 ter der Pariser Verbandsübereinkunft hat der Erfinder das Recht, als solcher im Patent genannt zu werden. Das Europäische Patentamt entscheidet nicht über den von einer Partei erhobenen Anspruch, der Erfinder zu sein. Der Erfinder hat jedoch das Recht, um einen Gerichtsbeschluss darüber nachzusehen, dass die Erfindung von ihm stammt, und der Anmelder ist dann verpflichtet, ihn in seiner Anmeldung zu benennen. Von diesem Artikel lässt sich daher sagen, dass er in den einzelnen Mitgliedsstaaten neues bürgerliches Recht schafft.

Artikel 18 des Entwurfs von 1965 ist gestrichen, weil europäische Patente nach Artikel 2 (2 a) tatsächlich nationale Patente (oder gemäss Artikel 8 a Gruppenpatente) sind.

In Uebereinstimmung mit der Minimallösung, von der in Verbindung mit Artikel 1 die Rede war, wird die Entscheidung über Konflikte zwischen einem europäischen Patent und einem nationalen Patent, soweit nicht das eine dem anderen gegenüber als

Veröffentlichung des vorherigen Wissensstandes zu betrachten ist, auf nationaler Ebene - beispielsweise in Nichtigkeitsverfahren - getroffen. Artikel 19 des Entwurfs von 1965 wurde daher gestrichen.

Artikel 20 kann im Hinblick auf Artikel 2 (2 a) als Wiederholung angesehen werden. Die Arbeitsgruppe war jedoch allgemein der Ansicht, dass seine Beibehaltung gerechtfertigt ist, weil Artikel 2 die allgemeinen Grundsätze darlegt und Artikel 20 einen besonderen Aspekt behandelt, der mit den Artikeln 20 bis und 20 ter logisch zusammenhängt.

Artikel 20 bis definiert die Rechte, die nach Veröffentlichung der Patentanmeldung vor der Prüfung gewährt werden. Das Memorandum verlangt, dass in diesem Stadium ein gewisser Schutz gewährt wird. Während der Entwurf in Absatz 1 grundsätzlich vorsieht, dass voller Patentschutz eingeräumt werden sollte, gestattet er in Absatz 2 den einzelnen Staaten, sich das Recht vorzubehalten, einen begrenzteren Schutz zu gewähren und diesen davon abhängig zu machen (Absatz 4), dass die Patentansprüche in einer bestimmten Sprache verfügbar sind. Für den Schutz ist auf jeden Fall die Tragweite des erteilten Patents massgebend (Artikel 3).

Artikel 20 ter (Rechte nach Bekanntmachung der Patentansprüche im Anschluss an Prüfung) entspricht dem Schema des Artikels 20 bis, jedoch ohne den Vorbehalt in bezug auf begrenzten Schutz.

Artikel 21 entspricht Artikel 8 des Strassburger Uebereinkommens. Einige Mitglieder der Arbeitsgruppe waren bestrebt sicherzustellen, dass die Ansprüche in allen Mitgliedstaaten einheitlich ausgelegt würden, jedoch konnte kein Einvernehmen über eine genauere Formulierung als die des Strassburger Textes erzielt werden.

Artikel 22 und 23 des Entwurfs von 1965 wurden gestrichen, da ihr Inhalt entsprechend der Minimallösung des Uebereinkommens

Gegenstand des nationalen Rechts ist. Es wurde jedoch bemerkt, dass eine Geltungsdauer von 20 Jahren in den Entwurf aufgenommen werden könnte, wenn alle Mitgliedstaaten bereit wären, diesen Zeitraum zu akzeptieren.

Artikel 24 entspricht den Grundsätzen des Entwurfs von 1965, wurde aber unter Berücksichtigung der Textvorschläge des Europarats zur weiteren Vereinheitlichung überarbeitet. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Möglichkeiten für Zusatzpatente angesichts der in Absatz 1 enthaltenen zeitlichen Begrenzung der Anmeldung recht gering sein werden.

Artikel 24 a - 30. Diese Artikel sind zur weiteren Prüfung durch eine andere Arbeitsgruppe, in der Rechtssachverständige vertreten sein sollten, zurückgestellt worden. Einige Mitglieder der Arbeitsgruppe äusserten jedoch Zweifel, ob die Artikel 25 bis 30 überhaupt erforderlich seien. In bezug auf Artikel 24 a wurde die Ansicht geäußert, dass es einem Anmelder freistehen sollte, die Rechte aus dem erteilten Patent für verschiedene Staaten an verschiedene Personen zu übertragen. Dies könnte in der Form erfolgen, dass für jeden Rechtsnachfolger getrennte Anmeldungen zugelassen würden oder dass die Rechtsnachfolger in einer Anmeldung einzeln aufgeführt würden; auch wäre es möglich, teilweise Übertragungen nach der Anmeldung einzutragen. Es wäre jedoch wesentlich, dass eine Person oder Personengruppe benannt würde, die für die Anmeldung beim Europäischen Patentamt auch weiterhin zuständig wäre. Dieser Punkt, der eine Änderung des Artikels 24 a erfordern würde, wird weiter geprüft.
